

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	182
		TOP:	15
Verhandlung		Drucksache:	902/2019
		GZ:	JB, T
Sitzungstermin:	17.12.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	Herr Holzer (HochbA)		
Protokollführung:	Frau Faßnacht / fr		
Betreff:	Grundschule Rappachschule Stuttgart-Weilimdorf: - Vorprojekt- und Projektbeschluss: Neubau Mensa (1. BA) - Vorprojektbeschluss: Sanierung im Bestand (2. BA)		

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 04.12.2019, öffentlich, Nr. 643

Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die gemeinsame Vorlage des Referats Jugend und Bildung und des Technischen Referats vom 26.11.2019, GRDs 902/2019, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Vom Bericht über die **Schul- und Raumsituation** an der Rappachschule wird Kenntnis genommen.
2. Dem **Gesamtraumprogramm** für die Rappachschule als 3-zügige Ganztagsgrundschule in Wahlform mit Sonderklassen und einem Sollraumprogramm von 1.822 m² - 2.057 m² Programmfläche wird zugestimmt (vgl. Anlage 1 - Gesamt-raumprogramm).
3. Dem **Gesamtkonzept zur Standortentwicklung** in Bauabschnitten (BA) mit einem **Gesamtvolumen von rd. 15,2 Mio. Euro** brutto wird zugestimmt:
1. BA: Neubau einer Mensa (Küche mit Speisebereich)

2. BA: Sanierung im Bestand

4. Dem Vorentwurf der Architekten Keller Daum PartGmbH für den **Neubau einer Mensa** mit einer **Programmfläche** von rd. 228 m² mit voraussichtlichen Gesamtkosten in Höhe von **rd. 5,0 Mio. Euro** (inkl. Ausstattung, Außenanlagen und rd. 510.000 Euro für den Anteil der Heizung und Elektrohauptverteilung im Bestand) wird zugestimmt (vgl. Anlage 2 - Flächenzusammenstellung Mensa). Das Hochbauamt wird hierfür mit der **Weiterplanung bis Leistungsphase 6 HOAI** sowie **Teilen von Leistungsphase 7 HOAI** beauftragt.
5. Für die Weiterplanung des 1. BA gemäß Ziffer 4 bis zum Baubeschluss werden **Planungsmittel** (bis Leistungsphase 6 und Teile von 7), in Höhe von **rd. 380.000 Euro** benötigt.
Diese Planungsmittel stehen im Teilhaushalt 400 - Schulverwaltungsamt bei der Projekt-Nr. 7.401154 - Rappachschule, Umstrukturierung GTS - für den Mensa-Neubau zur Verfügung. Die Deckung erfolgt aus der Investitionspauschale zum Ausbau von Ganztageschulen, 3. Ausbaustufe, Projekt-Nr. 7.401908.
6. Die Verwaltung wird mit der Weiterplanung der Sanierung des Schulstandorts mit Gesamtkosten von **ca. 10,2 Mio. Euro** auf Grundlage des Sanierungsgutachtens des Architekturbüros reichert schulze beauftragt. Das Hochbauamt wird mit der Durchführung der erforderlichen **VgV-Verfahren** für die **Gesamt-Sanierungsmaßnahmen** beauftragt.
Das Hochbauamt wird weiterhin beauftragt, im Anschluss daran die Vergabe der **Planungsaufträge** sowie die **Weiterplanung** der o. g. Gesamt-Sanierungsmaßnahmen bis einschließlich **Leistungsphase 3 HOAI** durchzuführen.
7. Für die Weiterplanung des 2. BA gemäß Ziffer 6 bis zum Projektbeschluss werden Planungsmittel (bis Leistungsphase 3) in Höhe von **rd. 815.000 Euro** benötigt. Diese Planungsmittel werden im Teilhaushalt 400 - Schulverwaltungsamt bei der Auftrags-Nr. 40P2014613 - Rappachschule, Sanierungen - abgewickelt. Die Deckung erfolgt über das Projekt 7.401904, 2. Sonderprogramm Schulsanierungen.

Aufgerufen wird gleichzeitig der gemeinsame Antrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion, der Fraktionsgemeinschaft Die FRAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei und der PULS-Fraktionsgemeinschaft vom 17.12.2019, Nr. 1263/2019.

Zunächst stellt StR Winter (90/GRÜNE) stellvertretend für die Antragsteller den Antrag Nr. 1263/2019 vor und wirbt um Zustimmung.

Herr Holzer (HochbA) nimmt mithilfe einer Präsentation Stellung zu den jeweiligen Antragspunkten. Diese Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt. Seine Ausführungen sind wiedergegeben im leicht überarbeiteten Wortlaut:

"Der Kernpunkt ist im Prinzip ja die Frage nach dem **Energiestandard**, der jetzt in diesem Vorhaben gemacht wird. Aber zunächst will ich noch eines sortieren: Die Vorlage beinhaltet ja verschiedene Entwurfsteile. Da gibt es zunächst einen Vorprojekt- und Pro-

jektbeschluss für eine neue Mensa. Das ist in diesem Fall ein separates, freistehendes Gebäude. Es ist ja eine relativ großzügige Schulfläche, wie wir sie selten haben. Und dann gibt es darüber hinaus den Vorprojektbeschluss für die Sanierung des Bestandes. Dazu gehört ja die Umstrukturierung und Anpassung der Schule entsprechend der pädagogischen Ziele und wie sich die Schule weiter entwickeln soll.

Wir haben jetzt einen Teil relativ konkret, der ist ja auch in der Vorlage mit Bildern und mit Plänen abgebildet gewesen, das ist die **Mensa** selber. Und wir haben bei der ganzen Untersuchung dann festgestellt, dass wir das Energiekonzept insgesamt jetzt schon betrachten, obwohl wir im Augenblick nur genaue Kenntnisse von der Mensa selber haben. Hier im Übersichtsplan sieht man das ganz gut. Man sieht dort den Standort der Mensa auf dem heutigen Schulhof. Und dann sieht man, da gibt es Gebäude A, B, C. Die **vorhandene Schule** hat einen relativ schlechten Dämmstandard. Dann gibt es dort auch eine Turnhalle. Und wir haben jetzt gesagt, bevor wir für diese Mensa eine hocheffiziente Kleinstanlage bauen, denken wir das weiter. Und dann hat man gesagt, wir nehmen jetzt schon mit der Mensa den Austausch der Energieerzeugungsanlagen der gesamten Schule vor. Das ist im Grunde genommen dann so eine Art Nahwärmenetz für den Gesamtstandort der Schule, der da jetzt realisiert werden soll. Und der Kern der Anlage ist, dass wir das mit Holzpellet-Heizung hier bewerkstelligen möchten, also eine regenerative Art der Energieerzeugung.

Jetzt gibt es nur folgende Schwierigkeit: Wir bauen jetzt eine Mensa, wir tauschen jetzt die Heizanlage aus und die Schule ist noch nicht saniert. Das heißt, der Energiebedarf der Schule ist heute höher als es in Zukunft sein soll, wenn die Schule saniert sein wird. Und deswegen haben wir ein Konzept, dass wir mit einer Holzpellet-Anlage einen relativ großen Energieanteil bringen, das ist deutlich mehr als die Grundlast, und das Ganze ergänzen über einen Gaskessel, der dann diese Spitze noch abdeckt. Und an der Stelle sind wir in der klassischen Diskussion. Insgesamt ist es so, dass wir heute relativ viel machen, wir sind hier jetzt auch gemessen an den Maßstäben bezogen auf die Mensa 37 % unter den Zielwerten, 30 % müssten wir erreichen. Jetzt ist es aber so, dass bei dieser Berechnung mit eingerechnet ist, dass die Energieerzeugung größtenteils über Holzpellets kommt, mit einem Restanteil aber noch über Gas kommt. Das ist natürlich ein Stückweit eine rechnerische Größe. Wenn die Schule jetzt saniert wird, dann fährt der Gaskessel zurück und wird weniger gebraucht. Wenn ich dann die Rechnung nochmal neu machen würde, würde ich wahrscheinlich hier 40 % zur EnEV 2014 oder 20 % unter EnEV 2016 erreichen. Wir haben hier jetzt aber den Gesamtenergieträger herangezogen für die Mensa. Wir sind im Grunde genommen in einem Zwischenschritt.

Wenn man den Ball aufnehmen möchte, was könnte man da noch verbessern, ohne das Projekt nennenswert zu verzögern, da war unser Gedanke, den wir jetzt letzten Freitag im Hochbauamt diskutiert haben: Wenn wir jetzt sagen würden, wir versuchen den Pellet-Anteil noch ein Stück weiter zu erhöhen mit der Zielrichtung, dass er künftig nahezu die gesamte Versorgung der dann sanierten Schule übernehmen könnte, dann würde dieser Teil des Gasbrennwertkessels fast nur als Redundanz oder als Rückfallebene oder ganz sporadisch gebraucht werden. Wir wissen ja heute auch noch nicht ganz genau, wie viel Energie wir später brauchen, weil, dazu muss die Sanierungsplanung doch einen deutlichen Schritt weiter sein. So könnte man das gesamte Projekt nochmal verbessern. Das hat allerdings den Nachteil, dass man anstatt einer jetzt gerade recht großen Holzpellet-Heizanlage zwei Holzpellet-Kessel einrichten müsste, denn da gibt es eine technische Grenze: Bei 130 kW gibt es nach oben hin keine vernünftigen Anlagen mehr und dann ist es besser, wenn man die Anlage zweiteilt. Das

heißt, wenn wir den Holzpellet-Anteil erhöhen wollten, dann würden wir das technisch ins Projekt einfließen lassen können ohne großen Verzug. Wir werden dann die Mehrkosten von zwei statt einem Pellet-Kessel errechnen müssen, und so könnte man dann insgesamt den Energieanteil so verschieben, dass wir vermutlich diese 20 % unter EnEV 2016 erreichen könnten.

Insgesamt sind wir natürlich relativ weit unterwegs. Das Gebäude ist sehr gut gedämmt, das Gebäude hat eine sehr kompakte Form - das ist übrigens der erste Schritt, um effizient zu sein. Wir haben die Dachfläche hier mit einer Technologie ausgestattet mit Solarschindeln, das heißt, wir haben hier zu 100 % das Dach befüllt. Es gibt auch keine Fassaden, die noch mit PV belegt werden könnten, weil, die Fassaden in Richtung Süden oder Osten sind verschattet durch die sehr vielen Bäume - da werden einige auch noch nachgepflanzt oder dazu gepflanzt - und auf den anderen Seiten haben wir Glasseiten, da wollen wir natürlich keine PV auf den Fenstern haben. Nordseite macht keinen Sinn, die wäre noch frei.

Zur **Holzkonstruktion**: Es ist jetzt ein Holz-Dachstuhl, ein Dach aus Holz drin. Die Wände sind hier nicht aus Holz, würden wir, wenn wir das Projekt jetzt neu starten würden, stärker auf Holz natürlich auslegen, ist aber jetzt schon eine Weile am Laufen und hier nicht der Fall. Das jetzt umzustellen würde allerdings ein gänzlich anderes Gebäude bedeuten, das heißt, wir müssten die Leistungsphasen 2 und 3 wiederholen, wenn wir das in der Form umstellen wollten. Das würde uns ungefähr 460.000 € kosten, haben wir überschlägig ermittelt, und ein halbes Jahr Verzögerung, und dann natürlich auch Verzögerung für den Sanierungsabschnitt der bestehenden Schule, der im zweiten Schritt hinterherkommen soll. Ob das sinnvoll ist, ist die Frage, weil rein baukonstruktiv ist die Entscheidung für die Art der Konstruktion so gefallen, dass wir es mit Essensversorgung zu tun haben, da sind sehr viele feuchte Bereiche, Küche, Fliesen, da ist eine Massivwand natürlich durchaus ein Vorteil. Man kann das auch in Holz machen, aber es ist durchaus sinnvoll, das so zu machen. Es entspricht aber eben nicht den neuesten Entwicklungen, die wir hier auch diskutiert haben in Richtung Klimaschutz. Aber es ist trotzdem eine Lösung, die halte ich nach wie vor für sehr vertretbar und auch energetisch im Augenblick schon sehr ausgereift und ambitioniert, aber mit dem Vorschlag, den ich eingangs gemacht habe, könnten wir es energetisch noch toppen, sodass wir tatsächlich den richtigen Weg vorgegeben hätten.

Es gibt noch einen Punkt, **Fassadenbegrünung**: Eine Fassadenbegrünung wäre bei einer Mauerwerkswand sicherlich leichter möglich wie bei einer Holzwand. Weil da nichts reinwachsen kann, da haben wir sonst das Problem, das man ständig das wuchernde Grün zurückschneiden muss, damit es nicht in die Konstruktion hineinwächst. Ob das hier jetzt wirklich sinnvoll ist? Ich hätte hier an diesem Standort fast eher dafür plädiert, bevor wir eine Fassade begrünen, die dann auf der Nordseite, wo sie klimahotspotseitig auch nicht richtig viel Sinn macht, da würde ich fast lieber noch einen weiteren Baum dazupflanzen. Im Augenblick haben wir, glaube ich, eine Bilanz, wo zwei Bäume weg und sieben neu sind, also plus 5 Bäume. Damit ist eigentlich, bezogen auf das Klimatische, sogar mehr erreicht, und was den Gebäudeunterhalt betrifft, ist es einfacher, weil man nicht ständig zurückschneiden und pflegen muss. Und wir haben hier ja genügend Fläche und genug Grundstück, deswegen sehe ich die Fassadenbegrünung Richtung Klima in erster Linie an den Klimahotspots der Innenstadt oder da, wo man eine hohe bauliche Dichte hat. Hier könnte man das anders einfacher machen.

Das Thema **Vogelschutz** haben wir auf dem Schirm, das haben wir gerade bei allen Gebäuden immer auf dem Schirm. Es wird erstmal begutachtet, wie die Situation hier vor Ort aussieht und dann wird das üblicherweise im Genehmigungsverfahren ohnehin ein Thema. Wir haben gerade verschiedene Schulen, an denen es gemacht wird. Es müssen schon auch alle wissen, Vogelschutz bedeutet praktisch, dass in der Regel im Abstand von 9 cm entweder schwarze oder rote senkrechte Linien über die gesamte Fensterfläche aufgebracht werden müssen. Die 9 cm sind ein Ergebnis der schweizerischen Vogelschutzwerke. Wenn man die Abstände größer macht, dann fliegen die Vögel in den Zwischenraum, wenn man die Linien horizontal macht, müsste man sie noch deutlich enger setzen, weil die Vögel fliegen horizontal. Das ist eine Sache, die wir jetzt erstmals machen, an der Jägerhalde wird gerade eine Kita damit ausgestattet. Ich bin schon mal gespannt, wie das dann ankommt, weil es wirkt auf den ersten Blick wie eine Vergitterung der Räume, das muss man ganz klar sagen."

StR Winter begrüßt den Vorschlag, die Holzpellet-Anlage zu erweitern, um zukünftig nur noch die absolute Spitzenlast abzudecken und interimistisch mit dem Gasbrennwert-Kessel zu heizen. Auch die Idee, anstatt einer Fassadenbegrünung zu prüfen, ob man weitere Bäume pflanzen kann, findet er gut. Er geht davon aus, dass die Fachverwaltung die Prüfung einer Photovoltaikanlage auf den Bestandsgebäuden mitnimmt. Dies wird von Herrn Holzer bestätigt.

StRin Kletzin (SPD) nimmt Bezug auf die Sitzung des Bezirksbeirats, wo der Wunsch formuliert worden sei, dass das Projekt zügig vorangeht. Sie bittet grundsätzlich die architektonische Anmutung und die Baukultur zu bedenken, weshalb hier angesichts der Bestandsgebäude aus Mauerwerk die Mensa ebenfalls diese Ansicht hat. Ihres Erachtens ist es auch eine Frage der Baukultur, weshalb nicht prinzipiell und jedes Mal die Antwort Holz gegeben werden kann - den Pflegeunterhalt außer Acht gelassen. Sie begrüßt den Vorschlag der Fachverwaltung die Holzpellet-Anlage betreffend. Nachdem die anderen Antragspunkte bereits im Bezirksbeirat beantwortet worden seien, ist sie verwundert über diesen Antrag heute.

StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) teilt zum Thema architektonische Anmutung und Baukultur die Meinung seiner Vorrednerin. Er könnte sich gut vorstellen, bei einer zweischaligen Konstruktion innen mit Holz zu arbeiten, um Beton zu sparen. Eine Aufrüstung der Holzpellet-Anlage unterstützt er. Ihn interessiert, ob man eine quartiersbezogene Lösung ins Auge gefasst hat, sodass Schulen als Ankernutzung für Quartierskonzepte dienen können. "Würde sich das nicht lohnen? Denn dann könnte man sicherlich ganz auf den Spitzenkessel verzichten. Wenn die Schule saniert ist, dann verkauft man die ökologische Wärme halt den Bürgern." Für die Zukunft generell richtig finde er, sich der Aufgabe zu stellen, schon im Vorprojektbeschluss befindliche Vorhaben nochmals zu überprüfen und dem Ausschuss zu berichten. An dieser Stelle erinnert er an den Wunsch, bei einstöckigen Schulgebäuden grundsätzlich über mögliche Aufstockungen nachzudenken als Potenziale für zukünftige Erweiterungen. Ein Zeitverzug werde zwangsläufig eintreten, wenn man erst im Frühjahr 2020 oder zum Kleinen Stellenplan darüber redet, welche Stellen geschaffen werden müssen, wenn der Gemeinderat über Leistungsphasen Vorprojektbeschluss oder gar bis Leistungsphasen 3 oder 4 reden will. BM Thurnau fordert er auf zu begründen, warum man sich dies nicht gleich zum jetzigen Zeitpunkt leisten will.

Gerade dies sei ein Beispiel dafür, dass sich sehr wohl noch etwas bewegen lässt innerhalb der Leistungsphasen 1 bis 3, ohne den Riesenschritt machen zu müssen, so

BM Thürnaeu. Es gebe jedoch auch andere Fälle, wo in eine komplette Umplanung eingestiegen werden muss. Man habe in diesem Fall z. B. auch überlegt, ob man die Spitzenlast anstatt mit Gas mit PV abdecken könnte. Die PV-Energie werde jedoch komplett in Eigenenergie genutzt, was aber aufgrund der Berechnungsmethode in der Gesamtbilanz rechnerisch nicht richtig zum Tragen komme. Wenn man sich jetzt entscheiden würde, alle Projekte von Leistungsphase 1 bis 4 komplett zu untersuchen, so hätte man das Problem, "dass Herr Holzer mit seiner so genannten 'Slotmaschine', wie Herr Dr. Mayer so zu sagen pflegt, rechnet, und dann kommt, ich weiß nicht wieviel-stellig Personal heraus. Und dann habe ich aber das Problem, dass ich das Personal gar nicht bekomme am Markt hinterher, Sie aber als Gemeinderat gesagt haben, wir beschließen das jetzt, und die Erwartung an uns haben, dass wir das auch rechnen und umsetzen. Die Ziele müssen erreichbar bleiben, und im Moment ist die Schwierigkeit in diesem Fall, dass ich das Personal überhaupt nicht kriege."

Mit Blick auf das angesprochene Nahwärmekonzept merkt er an, die Schule liege eher am Rand und nicht in der Mitte der umgebenden Bebauung, was eher ein Leitungsproblem sei. Er sehe das Problem, dass, wenn z. B. Mitarbeiter der Stadtwerke jetzt von Tür zu Tür gehen würden, um dafür zu werben, dass sich die Haushalte an das Nahwärmenetz der Schule anschließen lassen, so koste dies viel Zeit, bis die Dimensionierung der Heizungsanlage vorgenommen ist, um das Projekt weiterbauen zu können. Eher vorstellbar aus seiner Sicht wäre, falls die Räumlichkeiten dies erlauben, später, wenn sich Nachbarn finden lassen, die Heizungsanlage zu erweitern.

StR Körner (SPD) bittet darum, bei diesem Einzelprojekt die Kosten für den zweiten Brennkessel dem zusätzlichen ökologischen Ertrag (CO₂-Einsparung) gegenüberzustellen. BM Thürnaeu sagt zu, diese Angaben zum Baubeschluss zu liefern. Was eine mögliche Quartierslösung angeht, bittet StR Körner darum, mitzunehmen, ob ein solcher Erweiterungsschritt überhaupt noch möglich ist und ggf. mit den Stadtwerken Stuttgart darüber zu reden, ob dies ein Standort wäre, um wie beschrieben in den nächsten Jahren vorzugehen. Grundsätzlich wäre dies wünschenswert. Für StR Kotz (CDU) ist außerdem die Frage, wie weit man dies ausrollt. Schließlich müsse bei Pellet-Heizungen in relativ kurzen Abständen ein großer LKW anrollen, der die Pellets anliefert, wohingegen das Gas ohne großen Aufwand durch ein Rohr in die Gebäude gelangt. Die Idee, das Umfeld heizungstechnisch immer mit zu betrachten, wenn man irgendwo etwas Neues baut, findet StR Zeeb (FW) nicht uncharmant. An dieser Stelle jedoch, wo nur wenige kleine Wohnhäuschen im Umfeld sind, halte er es nicht für sinnvoll, "die Verwaltung in eine vertiefte Untersuchung zu jagen".

BM Thürnaeu teilt die Skepsis von StR Zeeb diesen Standort in Weilimdorf betreffend. An StR Körner gewandt betont er, man sei hier bei Weitem noch nicht beim Stichwort "High-End-Sanierung", es gehe dort eigentlich um eine Substitution "Gas weg, Pellets komplett", weshalb die Kosten überschaubar seien. Herr Holzer ergänzt, in der Tat habe diese Schule nicht die Platznot, wie man sie von anderen Schulen kennt. Es gebe dort noch einen alten Kohlebunker, in welchen man den Pellet-Behälter integrieren will. Auch sei genug Platz da, um die Kapazität der Holzpellets zu erhöhen. Man werde keine Verdoppelung der Kapazität haben, sondern einen ganz großen Ofen, der künftig durch zwei in einer Größenordnung von ca. 70 % auf 90 % ersetzt werde. Relativ leicht lasse sich errechnen, wie viel Gas weniger verfeuert wird durch den höheren Pellet-Anteil. Wenn man das Gas bewertet mit einem Biogasanteil oder ohne, so kommen unterschiedliche Werte von CO₂-Einsparung heraus. An diesem Standort in Weilimdorf habe man neben ausreichend Platz auch die Möglichkeit für eine solche Lösung, was

den Feinstaub betrifft: "Eine Gasheizung ist von der Feinstaubseite besser wie eine Holzpellet-Heizung." Sein Anliegen sei, heute über die Vorlage abzustimmen mit der Maßgabe, zum Baubeschluss die Angabe zu den tatsächlichen Mehrkosten zu liefern und zu sagen, wie viel CO₂ durch diese Lösung substituiert wird.

Laut Herrn Dr. Görres ist man mit der modernsten Filtertechnik bei Holzpellet-Anlagen "nahezu komplett raus aus der Feinstaubproblematik", wendet der Vorsitzende ein.

Mit Einverständnis der Antragsteller stellt er abschließend fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik stimmt dem Beschlussantrag mit folgenden Maßgaben einmütig zu:

Die Fachverwaltung prüft bis zum Baubeschluss die Möglichkeit der Erweiterung der Holzpellet-Anlage, benennt die Mehrkosten hierfür und gibt an, wie viel CO₂ durch diese Lösung substituiert wird. Darüber hinaus prüft sie den PV-Bestand auf den Dächern der Bestandsgebäude und die Frage "Bäume versus Fassadenbegrünung".

Zur Beurkundung

Faßnacht / fr

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
Referat T
zur Weiterbehandlung
Hochbauamt (5)
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 4. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
Baurechtsamt (2)
 5. BezA Weilimdorf
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS